

Stadtverwaltung Koblenz - Postfach 201551 - 56015 Koblenz

**Frau
Bundesumweltministerin
Dr. Barbara Hendricks
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin**

Der Oberbürgermeister



Willi-Hörter-Platz 2
56068 Koblenz

14. April 2015

Ansprechpartner:

Michael Haaß
Umweltamt

Michael.Haass@stadt.koblenz.de
(nicht für förmliche Rechtsbehelfe)

Fon zentral: 0261 129 – 0

Fon: 0261 129 – 1530

Fon zentral aus Koblenz: 115

Fax: 0261 129 - 9998

www.koblenz.de

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
36/ha.

Transport von Kernbrennstoffen

Sehr geehrte Frau Bundesumweltministerin Dr. Hendricks,

auch wenn der Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Atomenergie bereits seit 4 Jahren beschlossen ist, so wird die deutsche Bevölkerung noch einige Jahre mit den Risiken der Kernenergie zu leben haben.

Viele Bürgerinnen und Bürger hegen berechtigterweise große Ängste vor den Gefahren des insbesondere bei der Energiegewinnung anfallenden radioaktiven Materials, das in bearbeiteter Form toxisch reagiert.

Als Oberbürgermeister der Stadt Koblenz liegen mir diese Sorgen der Menschen sehr am Herzen und ich möchte daher der Bitte des Umweltausschusses des Stadtrates der Stadt Koblenz gerne Rechnung tragen und Ihnen unsere Haltung in Fragen des Sicherheitsstandards von Kernbrennstoffen, seinen Vorprodukten (Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid) und radioaktiven Abfallprodukten aus Atomanlagen erläutern.

Im Einzelnen geht es den Ratsfraktionen in ihrem Antrag darum, dass die Transporte von Kernbrennstoffen zum Schutz der Koblenzer Bevölkerung außerhalb des Stadtgebietes Koblenz erfolgen sollen und dass die Atomtransporte zum Schutz der Bevölkerung eingestellt oder massiv reduziert werden.

Auch wenn mir bewusst ist, dass Transporte von radioaktivem Material erfolgen und insoweit auch entsprechende Transportwege zur Verfügung stehen müssen, so interpretiere ich das Anliegen der Ratsfraktionen in der Weise, dass alles erdenklich mögliche unternommen werden muss, um ein Restrisikopotential auszuschließen.

Die Stadt Koblenz liegt an der Haupttransportroute zwischen der Hafenstadt Hamburg und den Hauptempfängerländern für Nuklearmaterial Frankreich und Schweiz sowie nahe bei Nordrhein-Westfalen, das mit den Atomanlagen Gronau (Urananreicherung), Lingen (Brennelementfabrik) und Ahaus (Zwischenlager) in besonderer Weise davon betroffen ist. Die dokumentierten Atomtransporte der letzten Jahre durch die Landesregierung Rheinland-Pfalz belegen dies. Insbesondere der Transit in andere Länder sollte nach Auffassung der Ratsmitglieder nicht mehr durch Koblenz stattfinden.

Dieses Anliegen, das im Übrigen auch meiner innersten Überzeugung entspricht, möchte ich als Oberbürgermeister der Stadt Koblenz gerne aufgreifen und an Sie als zuständige Bundesumweltministerin herantragen.

Leider ist es so, dass es bei den Transporten immer wieder zu Unfällen und Beinahe-Katastrophen kommt.

Es kann mich nur bedingt beruhigen, dass bisher noch keine radioaktive Strahlung freigesetzt wurde und schwerwiegende Schadensfolgen nicht eingetreten sind. Die Folgen wären verheerend, für uns alle mit schwersten gesundheitlichen Schäden verbunden und für viele von uns todbringend.

Bei dem Brand auf der "Atlantic Cartier" im Hamburger Hafen, das Schiff, das Container mit dem Uranhexafluorid transportiert hat, sind die BesucherInnen des Kirchentages vor wenigen Jahren nur knapp einer Katastrophe entronnen.

Hilfeleistungen sind im Katastrophenfall zwar möglich, jedoch wahrscheinlich nur sehr eingeschränkt hilfreich.

Spätestens seit dem realen schrecklichen Schadensereignis von Fukushima und den daraufhin entstandenen, auf Jahrtausende Jahre verstrahlten großflächigen Gebiete ist die deutsche Bevölkerung in diesem Punkt sehr problembewusst geworden.

Auch die Politik hat mit ihrer Entscheidung zum sofortigen bzw. schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie sehr verantwortungsbewusst reagiert.

Nun geht es aus meiner Sicht darum, dass alles menschenmögliche getan wird, um derartige Schadensereignisse zu verhindern, die Freisetzung radioaktiver Strahlung muss schlichtweg unmöglich sein.

Ein wirklicher Schutz scheint nur gewährleistet, wenn der Atomausstieg nicht nur die Atomkraftwerke, sondern auch die Urananreicherungsanlage in Gronau in NRW und die Brennelementefabrik in Lingen in Niedersachsen miteinbezieht, deren Weiterbetrieb offensichtlich der Grund für die Urantransporte sind.

Ich bin davon überzeugt, dass mein Anliegen auch Ihnen, sehr geehrte Frau Dr. Hendricks, als Bundesumweltministerin sehr am Herzen liegt.

Ich bitte Sie daher, mir mitzuteilen, welche Maßnahmen aktuell in Ihrem Ministerium mit dem Ziel der Gefahrenminimierung bei Kernbrennstofftransporten entwickelt wurden und in welchem Zeitrahmen die Transporte Ihrer Einschätzung nach noch über das Stadtgebiet Koblenz durchgeführt werden müssen.

Es ist mir ein Anliegen, den Stadtrat und auch die Koblenzer Bevölkerung über die vorerwähnten Fragen zu informieren und wäre daher für eine ausführliche Antwort dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joachim Hofmann-Göttig', followed by a closing parenthesis ')'.

Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig